

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Ultensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Verlagspreis: Halbes Jahr 120 Mark, ein Jahr 240 Mark, ein Vierteljahr 60 Mark, ein Monat 15 Mark. Fernsprechnummer: 11. Druck- und Verlagsanstalt: Schwarzwälder Tageszeitung, Nagold.

No. 167.

Ultensteig, Mittwoch den 15. November.

Jahrgang 1922

An unsere Postbezieher!

Am 5. September d. J. mußten wir bei der Zeitungspoststelle den Bezugspreis für das 4. Vierteljahr 1922 anmelden. Mit Rücksicht auf den damaligen Papierpreis von 68 Mk. für das kilo wurden Mk. 300.— für das laufende Vierteljahr, unter Vorbehalt einer späteren Nachzahlung, als Bezugspreis von den Lesern unseres Blattes erhoben. Zwischen ist der Papierpreis auf über Mk. 160.— für das kilo gestiegen, sodaß unsere vorläufige Aufstellung keine Geltung mehr haben kann. Wir ersuchen daher höflich unsere Leser, uns mittels der heute beigelegten Zahlkarte als Ausgleich eine Nachzahlung zu leisten. (Selbstverständlich kann die Nachzahlung auch in der Geschäftsstelle des Blattes persönlich gemacht werden.)

Die vierteljährlichen Postbezieher, welche das 4. Quartal, also Oktober, November und Dezember, im Voraus bezahlen, haben eine Nachzahlung von Mk. 200.—, die monatlichen Postbezieher für den November eine Nachzahlung von 40 Mk. zu machen, entsprechend der bereits erfolgten Zahlung unserer Bezüge bei den Agenten und Austrägern, oder denjenigen Lesern, welche in der Geschäftsstelle den erhöhten Betrag bereits bezahlt haben.

Diese Aufforderung entspricht den neuen postalischen Bestimmungen. Die Zeitungsverlage sind berechtigt, die Weiterlieferung der Zeitung an solche Leser einzustellen, die diese Nachzahlung bis zum 20. November nicht geleistet haben.

In Zukunft werden voraussichtlich solche Nachforderungen in Wegfall kommen.

Verlag der Schwarzwälder Tageszeitung
„Aus den Tannen“.

Inhaltbare Zustände.

Immer höher steigt der Papierpreis, immer schwerer wird dadurch die Existenz des deutschen Zeitungs-gewerbes bedroht, und doch haben bis jetzt Parlament und Regierung, von Keinen in ihrer Wirkung unbedeutenden Änderungen abgesehen, nicht tatkräftig zugegriffen. Alle kleinen Mittel helfen nichts, wenn nicht die Kernfrage berührt wird, wenn man nicht erkennt, daß das Papierpreis-Problem durch Senkung der Preise für Papierholz gelöst werden muß. Wie unhaltbar die Zustände auf dem Papierholzmarkt geworden sind, davon hat die breite Öffentlichkeit noch viel zu wenig Kenntnis, denn sonst müßte sie das deutsche Zeitungsgewerbe viel härter bei dem Ruße nach baldiger Hilfe unterstützen. Die monatlichen Durchschnittspreise für Papierholz beliefen sich laut „Hamb. Fremdenblatt“ in den preussischen Staatsforsten nach amtlichen Ziffern im März v. J. auf 459 Mark, im Juni stiegen sie auf 908 Mark, im August auf 2408 Mark und im September auf 3118 Mark. Sie gingen also schon in diesem Zeitraum erheblich über die Steigerung des Dollarmittelkurses hinaus. Heute ist nun aber von den Fabrikanten bereits ein Papierholzpreis von 16 000 Mark für den Raummeter in die Kalkulation des Druckpapierpreises eingerechnet worden. Dabei erklären die Papierfabrikanten, daß sie zugreifen müßten, weil sonst aus Mangel an Papierholz die Fabriken von der Betriebseinstellung bedroht würden; die Beschaffung von Papierholz bereite die größten Schwierigkeiten; der Staat stelle Papierholz nur noch in verschwindend geringen Mengen zur Verfügung. Auffallend ist die Zurückhaltung im Einschlag bei dem größten Teil der Waldbesitzer, die sich offenbar noch größeren Ertrag aus dem Sachwert der Forsten für die Zukunft erhoffen. Und zu diesem Zurückhalten auf der einen Seite tritt das rasche Zugreifen auf der anderen Seite, aus der Zukunftsangst heraus, daß eines Tages nicht genügend Rohstoffe zur Papierfabrikation zur Verfügung stehen könnten. Aus der gleichen Zukunftsangst erklärt sich auch, daß im großen Ausmaße ausländische

Ware bezogen wird, nämlich zu den jeweiligen Dollarpreisen, die sich dann in der Papierpreisentwicklung auswirkend müssen. Leidtragend ist dabei die deutsche Presse, und deshalb ergibt sich die Schlussfolgerung für die Öffentlichkeit: zum Ruin der deutschen Presse muß es führen, wenn Regierung und Parlament nicht endlich die Initiative aufbringen, um die unhaltbaren Zustände auf dem Papierholzmarkt in kürzester Zeit zu beseitigen. Die Möglichkeit dazu ist gegeben.

Vor dem Kriege wurden drei Fünftel des in Deutschland verbrauchten Papierholzes auch in Deutschland geschlagen. Ein Viertel dieser Menge würde heute für den Gesamtjahresbedarf an Druckpapier ausreichen. Warum sichern nicht Parlament und Regierung der deutschen Presse und zugleich der deutschen Papierindustrie diese unbedingt notwendige Menge aus deutschen Beständen, damit die Unsicherheit und die für die deutsche Volkswirtschaft verhängnisvolle Eindeutung in ausländischem Holz aufhört und damit auch der Anstoß zu den immer weiteren unerträglichen Papierpreissteigerungen. Die Mindestmenge des zur Verfügung zu stellenden deutschen Papierholzes, die etwa 900 000 Raummeter jährlich betragen müßte, muß zu angemessenen Preisen an die Verbraucher geliefert werden. Es muß ferner verhindert werden, daß besonders zahlungsträchtige Veredelungsgewerbe, wie die Kunstseidenfabrikation oder die Fabrikation inokulartiger Stoffe oder auch nur die Fabrikation feiner und feinsten Papierforten die für die Herstellung des Druckpapiers zur Verfügung stehende Papierholzmengende an sich reißen. Unser ganzes Volk hat ein Interesse daran, daß der wichtigste Rohstoff für die Zeitungsherstellung gesichert wird und daß die deutsche Presse nicht den wilden Spekulation auf dem Papierholzmarkt hemmungslos ausgeliefert wird, denn es geht um ein hohes Kulturgut. Eile tut not!

Die schwebende Regierungskrise.

Die Frage der Neu- oder Umbildung der Reichsregierung, die Reichskanzler Dr. Wirth in Angriff genommen hat, ist in das Stadium der Entscheidungen eingetreten. Nachdem die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Parteien der Mitte an die Sozialdemokratie die Forderung nach Einbeziehung der Deutschen Volkspartei richteten, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Montagabend mit folgender Erklärung geantwortet: „Die sozialdemokratische Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark als der dringendsten Forderung der inneren und äußeren Politik festhalten und nur in ein Kabinett eintreten kann, das diese Politik konsequent vertritt. Sie erblickt in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung der Mark und damit für die Forderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems.“

Damit ist die scharfe Auslassung des „Vorwärts“ nur zum Teil bestätigt, daß mit der Deutschen Volkspartei kein gemeinsames Programm und keine „Große Koalition“ möglich sei. Die Erklärung läßt die Türe offen zu weiteren Verhandlungen, denn sie betont nur das Problem der Markstabilisierung. Anherdem ist im Währungsausschuß von der Sozialdemokratie bis zur Volkspartei eine Einigung zustande gekommen.

Klar und deutlich hat Dr. Stresemann, der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, in einem Brief an den Reichskanzler die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei ausgedrückt. Es heißt darin: „Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat niemals Zweifel darüber gelassen, daß sie bereit ist, die Kräfte der Parteien für ein positives Zusammenwirken auf breiter Basis zur Verfügung zu stellen, wenn eine Uebereinstimmung über die Grundlagen der Außenpolitik, über die angelegte der jetzigen Situation nötigen wirtschaftlichen Maßnahmen und über die innerpolitischen Fragen sich erzielen läßt. Auf dieser Grundlage sind die

Verhandlungen geführt worden, die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft mit der Vereinigten Sozialdemokratie in den letzten Wochen stattgefunden haben. Die Haltung der Vertreter der Sozialdemokratie war uns bei den geführten Verhandlungen nicht bekanntgegeben. Wir hätten sonst bereits bei diesen Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Benennung von Persönlichkeiten bei der Besetzung wichtiger Ämter in einem umzubildenden Reichsministerium von uns abgelehnt werden müsse, wenn diese von uns vorzuschlagenden Persönlichkeiten damit gewissermaßen als außerhalb der Deutschen Volkspartei stehend angesehen werden. Wir verlangen von denjenigen Parteien, mit denen wir zusammen arbeiten sollen, die feste Erklärung, daß sie bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuwirken, damit die gegenwärtige unklare Lage, die ohne Schaden des Reichs nicht mehr länger andauern darf, endlich beendet werden kann.“

Der Reichskanzler setzt sich mit Nachdruck für die Forderung der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ein, indem er in persönlichen Unterredungen mit hervorragenden Parlamentariern in den Wandelgängen des Reichstages erklärte, daß eine glatte Ablehnung des Zusammenarbeitens mit der Volkspartei durch die Sozialdemokratie den Rücktritt des Kabinetts zur Folge haben werde. Der Beschluß der Sozialdemokratie läßt das Bestreben durchblicken, eine Formel zur Verständigung mit der Deutschen Volkspartei zu finden. Von einer unbedingten Ablehnung jeglicher Koalitions-gemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei ist bei der Sozialdemokratie jetzt nicht mehr die Rede. So kann man Hoffnung auf Verständigung haben, wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle sich ereignen.

Kommt es nicht zur Großen Koalition, dann stehen der Rücktritt des Kabinetts Wirth, unter Umständen die Auflösung und Neuwahl des Reichstags bevor.

Die ungeklärte Lage.

Berlin, 14. Nov. Bis zum heutigen Spätabend hat sich die Lage in der Regierungsumbildung noch nicht geklärt. In den Abendstunden trat die Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie zu neuen Besprechungen zusammen.

Neues vom Tage.

Einigung über die Bergarbeiterlöhne.

Berlin, 13. Nov. Die Lohnverhandlungen für den Kohlenbergbau haben folgendes Ergebnis gehabt: Ruhrbezirk: durchschnittliche Erhöhung ab 16. Nov. um 560 Mk. je Mann und Schicht, außerdem Erhöhung des Hausstandsgeldes um 20 auf 60 Mk. und des Kindergeldes um 40 auf 80 Mk. je Schicht.

Trennung von Kirche und Staat in Sachsen.

München, 14. Nov. Der sächsische Ministerpräsident Bud, der in München in einer Versammlung des republikanischen Reichsbundes sprach, teilte dabei mit, daß Sachsen demnächst auf Grund des Art. 12 der Reichsverfassung mit der Trennung von Kirche und Staat selbständig vorgehen werde und mit der Errichtung der Staatsschule Vorbildlich in Deutschland wirken werde.

Forderungen der Welfen.

Hannover, 14. Nov. Eine Generalversammlung der Deutsch-Hannoverschen Partei beschloß die sofortige Einreichung des Antrags auf Abstimmung zwecks Trennung Hannovers von Preußen.

Neue Stabilisierungsvorschläge.

Berlin, 14. Nov. Die Reichsregierung hat eine neue Note an die Reparationskommission gerichtet, die im einzelnen einen Plan zur Durchführung der Stabilisierung der Mark enthält. Zur Stabilisierung der Mark wird eine Milliarde Mark für notwendig gehalten, die zur Hälfte von der Reichsbank zur Verfügung gestellt, zur anderen Hälfte vom Ausland aufgebracht werden soll. In Form von Anträgen wünscht die Regierung u. a. zum Schluß der Note ein drei- bis vierjähriges Moratorium für die Finanz- und Sachleistungen, eine endgültige Festlegung unserer Reparationsverpflichtungen, Abbau der Dumpingölle, Abbau der Besetzung im Westen, Zugestandnis der Reichsbegünstigung usw. Die Regierung ist bereit, Sachleistungen an



Neubesetzung des Botschafterpostens in Paris.
Berlin, 14. Nov. Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat der Reichskanzler eine Neubesetzung des Botschafterpostens in Paris ins Auge gefaßt und Reichsfinanzminister Dr. Hermes diesen Posten angeboten.

Die Flucht der Christen aus Kleinasien.
Paris, 14. Nov. Der „Newport Herald“ meldet aus Konstantinopel, daß infolge der Aufregung der Angoraregierung an die christliche Bevölkerung Kleinasiens, das Land bis Ende November zu verlassen, sich die Flüchtlingmassen in den Häfen von Anatolien anhäufen. Der amerikanische Hilfsdienst für den nahen Osten hat einen Dampfer nach Samjun geschickt, um 7500 griechische und armenische Waisenkinder abzuholen. Der Völkerverbund schätzt die Zahl der Auswandernden auf 1 1/2 Millionen. Die Auswanderungsbefehle betreffen Männer im Alter von 19-56 Jahren, denen sich ihre Familien anschließen.

Reichstag.

Berlin, 14. Nov.
Präsident Eöde eröffnete die Sitzung am Dienstag um 2.20 Uhr und gedachte des furchtbaren Erdbebens, von dem die mit Deutschland in freundschaftlichen Beziehungen stehende chilenische Republik betroffen worden ist. Das deutsche Volk nimmt innigen und herzlichen Anteil an dem schweren Schicksalsschlag, der für den Wiederaufbau nach wie vor zu gewahren, jedoch nur, soweit dies keine neue Inflation mit sich bringt. Sobald das Vertrauen zu unserer Währung im Ausland wieder hergestellt ist, verpflichtet sich Deutschland, selbständig eine innere und äußere Anleihe aufzunehmen. Die innere Anleihe soll zur Beschaffung von Sachlieferungen zum Wiederaufbau Verwendung finden. Andererseits verpflichtet sich die Regierung zur Einschränkung des Luxuskonsums und des Alkoholverbrauchs, zur Sparsamkeit im Haushalt und zu Maßnahmen zur Steigerung der Produktion bei Neuregelung des Arbeitszeitrechts, aber unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentags. Bemerkenswert ist noch, daß die Summe zur Stabilisierung der Mark von einer besonders einflussreichen Kommission verwohlt werden soll. Diese Kommission soll abdringens auch die gesamte Stabilisierungsaktion leiten.

Churchill unterstützt die französischen Forderungen.
London, 14. Nov. Churchill erklärte in einer Rede in Dundee, er habe sich bei den letzten Wahlen zu der Eintreibung deutscher Reparationen in Höhe von zwei Milliarden Pfund Sterling verpflichtet. Die Ereignisse der letzten 4 Jahre hätten ihn jedoch überzeugt, daß nicht der mindeste Grund bestehe, zu zweifeln, daß Deutschland sogar 2 1/2 Milliarden und zwar in Jahreszahlungen von 120 Millionen Pfund Sterling zahlen könne. England sei vollaus berechtigt, von seinen Schuldner auch im Kontinent und von Deutschland Zahlungen zu verlangen, die es in den Stand setzen würden, seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten zu erfüllen.

Ein Erfolg Poincares.
Paris, 14. Nov. In der französischen Kammer wurde mit 430 gegen 166 Stimmen beschlossen, die Generalausfrage über die politische Lage im Rahmen der Budgetdebatte als beendet anzusehen und in die Ausfrage über die einzelnen Posten des Budgets einzutreten. Nach gewissen Anzeichen einer Opposition, die sich selbst in den Parteien des Blocks gegen die Regierung Poincare in der Finanzpolitik bemerkbar machte, ist hierin ein parlamentarischer Erfolg der Regierung zu erblicken. Die Gerüchte von einem Sturz Poincares sind damit widerlegt.

Rheinlandstöchter.

Roman von Clara Diebig.

(78)

(Nachdruck verboten.)

Amüsieren — wie hätte Kelda das wohl anfangen sollen? Sie verlangte auch gar nicht danach. Sie hätte ja die freundliche Einladung von Herrn Schmolle annehmen können, der sie und die Mutter zu einer Spazierfahrt aufforderte. Sie hatte dankend abgelehnt, sie müsse notwendig schreiben — was sollte Onkel Konrad in Randerscheid von ihrem langen Schweigen denken? Schmolle hatte es sehr bedauert: „Schade, da hätten die Leute am Ende gedacht, es wäre meine hübsche Tochter!“ — worauf Frau Käthe etwas gezwungen lachte und unruhig hin und her lief. Sie war erst ungehalten, weil Kelda nicht mitwollte; es gab eine kleine Augenplänkelei zwischen Mutter und Tochter, dann entschloß sich Frau Käthe aber doch, allein mit dem guten Schmolle in der Droschke „auf Zeit“ durch den Tiergarten zu fahren und in zoologischen beim Militärkonzert Kasse zu trinken.

Die Luft war so warm, die Sonne schien herrlich, wer konnte es ihr verargen, wenn sie sich nach der Plätscheri der ganzen Woche auch nach einer Stunde des eSchmusses sehnte? „Du kommst alle Tage auf die Straße, ich stecke die ganze Woche im Haus“, sagte sie wie zur Entschuldigung, als sie der Tochter die Hand zum Abschied reichte. „Sieh mal, sieh mein Hut gerade! Ich bin bang, der schwarzelebdene Rod sieht im Hellen nicht mehr gut aus, er hat in der Hinterbahn lauter Brüche.“

„Du siehst so meßens“, tröstete Kelda. Sie hielt die Korridorür noch offen, bis das Paar auf der untersten Treppe war; Herrn Schmolles behagliches Lachen war das Letzte, was sie hörte, dann schloß sie.

Nun war noch Fräulein Berg zu Haus. Doktor Müller war schon um drei fortgegangen. Aber die Berg würde sich auch bald aufmachen. Die wollte eine Cousine besuchen, die sehr weit weg wohnte, in Schöneberg. Man hatte bisher noch nichts von dieser Cousine gehört. Es schien dazu aröher Vorbereitungen zu bedürfen: seit einer

das Land getroffen hat. Der Präsident stellt das Einverständnis sämtlicher Abgeordneten mit seinen Worten fest.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. Hepp (D.Bp.) fragt an, in welcher Weise durch die Reichsgetreidestelle die Auslandskäufe in Getreide getätigt werden. — Ein Regierungsvertreter erklärt, die Einfuhr erfolge durch die Einfuhrgesellschaft für Getreide und Futtermittel, die Beschaffung von Devisen erfolge durch die Devisenbeschaffungstelle. Provision werde von der Reichsgetreidestelle nicht gezahlt, die Händler kaufen in eigenem Namen. Ihr Bruttogewinn darf die Hälfte des Preises nicht übersteigen. Seit dem 1. Okt. 1921 sind 2 Millionen To. ausländisches Getreide käuflich erworben worden.

Abg. Aörner (D.natl.) fordert Aufweisung von Inlandszucker an den deutschen Weinbau in derselben Menge wie im Vorjahr. — Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß eine Erhöhung der bisher gelieferten Mengen in Aussicht genommen sei.

Abg. Graf-Thüringen (D.natl.) hält nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung das jetzige Zivilprozessverfahren für eine Unmöglichkeit und fordert ein Notgesetz. — Landgerichtsrat Dr. Jonas teilt mit, daß an dem Entwurf einer neuen Zivilprozessordnung gearbeitet werde.

Abg. Dr. Nießer (D.Bp.) weist auf die bedrängte Lage eines großen Teils der deutschen Ärzte hin. Ein Regierungsvertreter erwidert, daß eine Erhöhung der Gebührenhöhe unmittelbar bevorstehe.

Auf eine Beschwerde des Abg. Hensel-Distpreußen (D.natl.) über das Verbot eines Ostpreußen- und Hindenburg-Films wird erwidert, daß die Entscheidung der Filmprüfstelle endgültig sei.

Abg. Graf v. Wehary (D.natl.) verliest eine lange Liste von Gewalttätigkeiten gegen rechtsstehende Kreise und fragt nach dem Ergebnis der Ermittlungen, der Festnahmen und Strafverfolgungen der Täter. Er fordert Zurücknahme der Parole: „Der Feind steht rechts.“ Die Regierung läßt darauf erwidern, daß die Antworten der Länder erst zum geringen Teil eingegangen seien. In den beantworteten Fällen ist von den angeblüchten Anschlägen nichts bekannt.

Auf eine Anfrage des Abg. Braun-Franken (S.) über das angebliche Diadem für die Gemahlin des früheren Kaisers stellt Oberregierungsrat Dr. Willeke fest, daß ein Ansuchen für ein solches Diadem nicht vorgelegen habe, und daß das Schmuckstück einem schlesischen Grafen gehört. Es verbleibe im Eigentum der gräflichen Familie in Deutschland. (Große Heiterkeit rechts und links: „Reingefallen“.)

Vor Eintritt in die Beratung der Geschäftsordnung des Reichstags fordert Abg. Schatz (D.natl.) Abbruch der Sitzung und Änderung einer neuen, in der der Reichskanzler sich endlich über die politische Lage äußern solle. Die Regierung habe wieder eine Note erlassen, die die schwersten Folgen nach sich ziehen könnte. Sie müsse Rede und Antwort stehen.

Der Antrag wird gegen die beiden Reichsparteien und die Kommunisten abgelehnt. — Dann wird noch der Entwurf einer neuen Geschäftsordnung des Reichstags beraten.

Die nächste Sitzung soll am Mittwoch um 3 Uhr stattfinden. Dem Präsidenten bleibt es überlassen, gegebenenfalls die Entgegennahme einer Regierungserklärung auf die Tagesordnung zu setzen.

Mit jedem Tag

kann der Bezug unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ durch die Agenten und Aussträger unserer Zeitung begonnen werden.

Stunde schon kramte sie in ihrer winzigen Hinterstube, man hörte, wie der Kleiderhaufen auf und zu ging und unruhige Schritte hin und her tappten.

So war es die ganzen letzten Nächte schon; Kelda hatte gar nicht darüber schlafen können. Nebenan diese ewige Unruhe! Das Haus war nur dünn gebaut. Als griffe jemand an die Wand hinauf und wollte sie schier abtragen — dann unruhige Schritte — dann hatte sich jemand aufs Bett geworfen, daß das krachte; ein dumpfes Stöhnen kam unheimlich durch die Nacht.

„Oh, ich habe so furchtbare Zahnschmerzen gehabt“, entschuldigte sich Vera Berg am Morgen. In der Nacht ist's immer am schlimmsten“, setzte sie mit vertöschender Stimme hinzu.

In der Tat, sie sah furchtbar aus, aber nicht erst jetzt, schon seit lange. Frau Käthe hatte sich längst vor den weiten Augen mit den tiefen blauen Schatten gegraut und Doktor Müller zu Rat gezogen. „Vielstunde“, hatte dieser kurz gesagt und mit den Achseln gezuckt. „Er wurde ordentlich verlegen“, meinte die Käthe nachher. „Ja, da ist immer so allerhand Veiuliches für einen jungen Arzt einem jungen Mädchen gegenüber — Gott, jung ist sie ja eigentlich nicht mehr, aber er ist eben so zartfühlend, so begent!“

Die letzten Tage war Fräulein Berg nicht aufs Bureau gegangen, sie hatte sich krank gemeldet. Entweder hockte sie in ihrer nachlässigen müden Haltung, in einem alten Regenmantel gewickelt, am Fenster ihrer winzigen Hinterstube, oder sie lag stundenlang auf dem Bett, das Gesicht in die Kissen vergraben. Kelda war es angst geworden, als sie einmal unversehens eintrat — was war das nur? Jart war Fräulein Berg immer gewesen, aber jetzt war sie ängstlich elend. Das Weiden hatte angefangen eines Abends, als Doktor Müller sie in einer Droschke ohnmächtig nach Hause brachte. Welch ein Glück, daß gerade er zufällig Fräulein Berg begegnet war! „Das Fräulein“, sagte er, „nichts Schlimmes!“ Aber seitdem ging es bergab. Und nun wollte die elende Person heute allein so weit zu ihrer Cousine?

Kelda legte ihre Schreibmappe aufs Fensterbrett, ging hinüber und klopfte an die Tür der winzigen Hinterstube. „Fräulein Berg!“ Keine Antwort. „Fräulein Berg!“ Sie drückte auf die Klingel — verschlossen. „Fräulein Berg, ich bin's, Kelda! Hören Sie?“

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, 15. November 1922.

* Uebertragen wurde das erlebte Oberamt Freudenrodt dem Oberamtmann Knapp, Oberamtsvorstand in Rätzingen.

Krankenkassenmitglieder und Arzneimittel. Die Allgem. Orts- (Bezirks-) Krankenkasse schreibt uns: Immer wieder hört man darüber klagen, daß die Ärzte für Kassenmitglieder nicht diejenigen Arzneien verordnen dürfen, die im einzelnen Fall notwendig sind, weil die Kassen nur billige Arzneien bezahlen. Diese Klagen sind nicht berechtigt, denn die Krankenkassen übernehmen mit ganz geringen Ausnahmen die Kosten aller Arzneimittel, die nach Ansicht des behandelnden Arztes erforderlich sind. Die Kassenärzte sind lediglich verpflichtet, im allgemeinen diejenigen Mittel zu verordnen, welche in der zwischen Ärzten, Apothekern und Krankenkassen vereinbarten „Arzneiverordnung bei den württ. Krankenkassen“ enthalten sind. Ja diese Arzneiverordnung sind alle notwendigen, in jahrelanger Praxis bewährten Arzneimittel aufgenommen, während die in großer Zahl neu auf den Markt geworfenen Mittel weggelassen sind. Will der Arzt ein Mittel verordnen, das in der Arzneiverordnung nicht enthalten ist, so aber nach seiner Ansicht nicht entbehrt werden kann, so steht der Verordnung kein Hindernis im Weg, nur muß der Arzt auf dem Rezept eine kurze Begründung geben. Im Ausnahmefall wird dem Verschrieben geraten, sich an die Kassenverwaltung zu wenden.

* Das Kriegsgeld der Amtskörperschaft Nagold wird von heute an nicht mehr in Zahlung genommen, da es, wie wiederholt bekanntgemacht wurde, aus dem Verkehr gezogen ist. Der letzte Annahmetag war der 14. November.

— Die alten Germaniamarken. Die Umtauschfrist für Germaniabriefmarken ist bis Ende Dezember verlängert worden. Zur Freimachung von Postsendungen können sie aber nicht mehr verwendet werden.

— Der Besuch der deutschen Hochschulen. Die Zahl der Studierenden an den deutschen Universitäten hat im Gegensatz zu dem vorhergegangenen Wintersemester im Sommersemester 1922 wieder eine Zunahme erfahren. Sie betrug 84.953 (darunter 8179 Frauen), gegen 82.668 (7988 Frauen) im W.S. 1921/22. In der Gesamtzahl war Württemberg mit 2603 männlichen und 191 weiblichen Studierenden, zusammen mit 2794 vertreten, von denen 1674 (darunter 110 Frauen) an der Landesuniversität Tübingen studierten. An den Technischen Hochschulen ist die Zahl der Studierenden etwas zurückgegangen. Sie betrug im Sommersemester 24.997 (382 Frauen), im vorangegangenen W.S. 25.556 (388 Frauen). An der Technischen Hochschule Stuttgart waren im letzten Sommersemester 1591 (27 Frauen) Studierende, im W.S. 1860 (26 Frauen).

(Nagold, 14. Nov. 1922. (Konsumverein Nagold und Umgebung.) Die Geschäftsleitung hatte den Verein zu einer außerordentlichen Generalversammlung am letzten Sonntag nach Nagold eingeladen. Die Mitglieder, namentlich die Pilsnervereine waren zahlreich erschienen und bekundeten in lebhaftem und erfreulichem Interesse an den Vereinsangelegenheiten. Der Geschäftsführer trug der Versammlung den gebräugten Geschäftsbericht vor, in dem er besonders die Schwierigkeiten berücksichtigte, unter denen jeder Geschäftsbetrieb angesichts der jammervollen Geldentwertung gegenwärtig zu leiden hat. Die Versammlung verschloß sich dem Gedanken, die eine Erhöhung der Stammanteile fordern in keiner Weise. Nach längerer Erörterung der Höhe der Anteile und der Wege zur raschen Weidbringung der notwendigen Betriebsmittel, einigte man sich auf einen Satz von 3000 M. pro Stammanteil. Den Mitgliebern, denen die Ausbringung dieser erhöhten Mittel Schwierigkeiten bereitet, soll dabei vom Verein aus jede mögliche Erleichterung gewährt werden, während die Mitglieder, die das Geld be-

„Ja“, lang es halbersticht, „was denn?“
„Liebes Fräulein Berg, machen Sie mal auf!“
„Ich kann nicht, ich — ich — gleich — ich ziehe mich grade an!“

„Ach, ich wollte Ihnen nur sagen, gehen Sie doch lieber nicht weg, den weiten Weg allein! Ich habe Sorge um Sie!“

„Danke, danke! Sie brauchen sich nicht zu — ach, ich muß gehen!“ Es klang fast, als ob die da drinnen weinte. Kelda schüttelte den Kopf, und dann ging sie und setzte sich wieder auf ihren alten Platz und begann zu schreiben:

„Mein geliebter Onkel!“

Weiter kam sie nicht, da war Fräulein Berg schon! Sie trat ein in ihrem besten Staat und sah doch aus, als müßte sie jeden Augenblick einsinken.

„Ich will nun gehen“, sagte sie und nickte. „Adieu, liebes Fräulein!“ Und dann, wie von einem plötzlichen Impuls getrieben, eilte sie auf Kelda zu und ergriff deren beide Hände. „Ich danke Ihnen — Sie waren immer so gut — ich —“ die Stimme verlagte ihr, eine tödliche Blässe überzog ihr Gesicht, man hätte nicht geglaubt, daß es noch blässer werden könnte. Sie schwankte.

„Rein, Sie dürfen nicht, ich kann Sie nicht lassen!“

Kelda sah erschrocken aus, es kam ihr ein plötzlicher Gedanke, sie wußte nicht woher. Ihr war ordentlich unheimlich. Von dieser Gestalt in dem mattblauen, etwas zerknitterten Frühlingskleid, seltsam verhängt mit der Pelertine des alten Regenmantels, dazu der modische Hut mit dem Büschel niederer Rohblumen schlecht paßte, wehte ein Hauch des Unglücks. Diese zusammengewachsenen Brauen schienen noch finstlicher. Jetzt fiel ein Sonnenstrahl auf den blassen Mund; die Lippen durchsichtig, jeder Blutstropfen aus ihnen getwichen, und etwas wie ein lastendes Geheimnis darauf.

Kelda sah Fräulein Bergs Hand und sah ihr von unten herauf forschend in die Augen. „Sie sind unglücklich“, sagte sie leise.

„Ja? Haha!“ Vera Berg lachte nervös, griff dann um sich und stützte sich auf den Knopf des nächsten Teppichs. „Ja — haha — ich habaha!“ Das Lachen war gar nicht mehr anzuhören. Es klang schrill, fast schrecklich. „Jetzt gehe ich — adieu — bald wird mir wieder ganz wohl sein!“ (Fortsetzung folgt.)

schaffen können, gehalten sein sollten, dies in nächster Zeit zu tun, damit der Verein seinen Verpflichtungen in der Versorgung von Waren an seine mehr als 1100 Mitglieder jederzeit und in mancher Beziehung besser als bisher, nachkommen kann. Nach Beratung einer Reihe von geschäftlichen Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche weiterer Förderung des Vereins durch seine Mitglieder.

Waldberg, 14. Nov. (Tödlicher Jagdunfall.) Kaufmann Friedr. Karl hier verunglückte auf der Jagd tödlich. Als er einem angeschossenen Hosen den Rest mit seinem Jagdgewehrkolben geben wollte, ging dieses los und der Schuß ihm in den Unterleib. Schwer verletzt wurde er mit dem Auto ins Bezirkskrankenhaus Nagold gebracht, wo er bald darauf verschied. Der Verletzte war 54 Jahre alt.

Salz a. N., 13. Nov. (Getrunken.) Am Samstag abend zwischen 9 und 10 Uhr geriet der 32 Jahre alte Gottlieb Haib von Holzhausen beim Wehr der Duntweberlei in den Redar und extrank. Der junge Mann war auf dem Weg zur Bahn, um nach seiner Arbeitsstelle nach Alftalg zu fahren. Bis jetzt konnte die Leiche noch nicht geborgen werden.

Stuttgart, 14. Nov. (Die Einigung der württ. Landwirtschaft.) In der Landesausstellung des Landwirtschaftl. Hauptverbandes unter dem Vorsitz von Präsident Mann wurde einstimmig beschlossen, daß sich der Landw. Hauptverband mit dem Schwäb. Bauernverein verschmilzt. Auch die weitestgehende Bedingung, die der Schwäb. Bauernverein für die Verschmelzung gestellt hatte, nämlich, daß sich die neue Gesamtorganisation der Vereinigung Deutscher Bauernvereine anschließt, wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Höchstpreise in der Feuerungsversicherung. Der Verwaltungsrat der württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt hat die Höchstpreise in der Feuerungsversicherung mit Wirkung vom 7. November für Hochbau auf 30 000 Prozent und für Zubehör auf 40 000 Prozent festgesetzt. Die Gesamtversicherungssumme kann hiernach für Hochbau bis auf das 312fache, für Zubehör bis auf das 412fache des Friedensversicherungsanschlages erhöht werden.

Bödingen, 14. Nov. (Reforbgüterpreise.) Für 15 Acker lag ein Angebot von 170 000 Mark vor. Der jedoch der Ansicht war, daß diese Summe reichlich hoch gegriffen, mußte sich schon eines anderen belehren lassen, nachdem das höchste Gebot mit 350 000 Mark den Zuschlag erhielt. Der glückliche Käufer soll mit amerikanischen Mitteln ausgestattet sein.

Nordheim a. N., 14. Nov. (Die Jugend von heute.) Schwere Ausschreitungen wurden hier am Kirchweihsonntag von rüber sitzenden jungen Burschen von Nordheim, Bödingen und Redarsalm verübt. Sie hausten wie Bandolen. Abends 7 Uhr kam es zum ersten Zusammenstoß, gegen Mitternacht zum zweiten und gegen 4 Uhr folgte der Endkampf. Als der hier stationierte Oberlandjäger eingriff, wurde er tödlich angegriffen und durch zwei Stiche in den Arm verletzt. In der Wirtshaus zur Rose wurden Stühle zertrümmert, Fensterscheiben zertrümmert und sonstige Verwüstung begangen. Mit Schlagringen und Messern gingen die Streiklustigen aufeinander los und richteten sich zum Teil nicht übel zu. Die Landjägersmannschaft hat die Verfolgung der Täter in breitem Umfang aufgenommen.

Murrhardt, 14. Nov. (Tödlicher Sturz.) Der in den 50er Jahren stehende Naturhistoriker Friedrich Häbel von Stuttgart fiel im Gasthaus Zum Schwann bei Kellershaffel hinab, brach das Genick und blieb auf der Stelle tot.

Waldenburg, 14. Nov. (Beschlagnahme.) Einem Händler, der sich nicht im Besitze eines Handelsverkaufsbescheines hierzu befand, wurden 96 Pfund Butter beschlagnahmt, die teilweise um über 700 Mark das Pfund eingekauft waren.

Oberndorf, 14. Nov. (Danke.) Der Staatspräsident hat dem Fabrikanten Dr. Ing. Alfons Mauser in Köln für seine der Stadt Oberndorf gemachte Stiftung zur Begründung eines „Wilhelm Mauser-Stifts“ die wärmste Anerkennung der württ. Staatsregierung übermitteln lassen.

Kulendorf, 14. Nov. (Unter die Räder.) Der 34 Jahre alte verheiratete Kaufmann Steiger aus Stuttgart wollte in den bereits im Gang befindlichen Zug einpringen. Infolge eines Fehltritts kam der Mann unter die Räder, so daß der Tod sofort eintrat.

Hauptversammlung der württ. Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 14. Nov. Bei der gestrigen Beratung über die Getreidemenge in der Landwirtschaftskammer stellte Berichterstatter Hermann-Hohenmähringen folgenden Antrag zur Erörterung: „Die Landwirtschaftskammer fordert von der württ. Staatsregierung, bei der Reichsregierung durchzusetzen, daß das Getreidemengengesetz mit Rücksicht auf die Mißernte in Württemberg weiter ermäßigt wird, daß die hierdurch ausfallenden Mengen nicht den anderen Bezirken zur Verfeinerung anverleitet werden, daß der Preis für das Umlagegetreide den jeweiligen Marktverhältnissen nachkommt und daß die diesjährige Umlage, die eine ungerechte, durch nichts zu rechtfertigende Sonderbesteuerung der Landwirtschaft von vielen Millionen darstellt, die letzte Getreidemenge ist.“ Nach Begründung dieses Antrages bemerkte Minister Keil, man werde sich mit der Entscheidung, die jetzt in Berlin über das Umlagegesetz getroffen wurde, abzufinden haben. Eine weitere Herabsetzung werde nicht eintreten. Würde sie trotzdem ge-

fordert, so würde dies nur unträge in die Landwirtschaft hienutragen und die Durchführung des Umlagegesetzes bedeutend erschweren. Ob die diesjährige Umlage die letzte sein soll, könne man heute noch nicht übersehen.

Zurück von Stauffenberg-Richtlinien erblickt in der Erfüllungspolitik der Reichsregierung und in dem Verfall der Vertrag die letzte Ursache unserer großen Not. Demgegenüber erweisen sich alle Konferenzen und Zwangsmaßnahmen wirkungslos. Auch die jetzige Umlage ist nicht aufzubringen. Viele Landwirte müssen hinzukommen, um sich selbst zu ernähren.

Hornung-Schaubed: Die Landwirtschaft verlange keine Ausnahmegeetze, sondern schärferes Vorgehen gegen die Auswüchse des Luxus, die Scheiber usw., ferner die Verbilligung von Kleibern, Schuhen usw. für Minderbemittelte ohne einseitige Belastung der Landwirtschaft.

Dr. Franz-Oberlingpurg schilderte die Lage im Oberamtsbezirk Hall als geradezu trostlos. Die Frucht wachse in der Scheuer aus, vielfach seien die Kartoffeln noch im Boden, weil die Felder wegen der Rasse nicht betreten werden konnten. Hätten die Landw. Genossenschaften nicht Mehl eingekauft, hätten viele Landwirte nichts zu essen. Von einer nennenswerten Ablieferung könne daher überhaupt nicht die Rede sein.

Senner-Bessendorf gab eine ähnliche Schilderung von der Lage im Oberamtsbezirk Oberndorf, Schwäb. Schultheiß in Oberstetten, von der Alb und Herrmann-Bausfelden vom Frankensland, ebenso Schiele und Präsident Adorno vom Oberland, worauf Minister Keil erklärte, daß dieses Bild noch viel ernster sei, als er es sich bis jetzt vorgestellt habe. Aber man hätte nicht heute schon die Parole ausgeben dürfen, daß die Getreidemenge auch jetzt in ihrer reduzierten Gestalt nicht durchführbar sei. Bei gutem Willen sollte man wenigstens zunächst einmal versuchen, die jetzt geforderten 22 000 Tonnen aufzubringen. Auf die Qualität der diesjährigen Ernte werde selbstverständlich Rücksicht genommen werden.

Der vom Berichterstatter gestellte Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen.

Zur Frage der Vertretung der Forstwirtschaft wurde der Vorstand der Landwirtschaftskammer ermächtigt, die Verhandlungen mit der württ. Forstdirektion und dem Waldbesitzerverband innerhalb der Landwirtschaftskammer weiter zu führen und sie unter dem Vorbehalt der endgültigen Zustimmung durch die Hauptversammlung vorläufig abzuschließen.

Bezüglich der Postverhältnisse auf dem Lande wurde die württ. Staatsregierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Post- und Telefondienstleistungen auf dem Lande nicht nur nicht weiter verschlechtert werden, sondern eine Verbesserung erfahren, da das Land, namentlich in dieser Hinsicht gegenüber den Städten benachteiligt ist. Wegen die geplante weitere Verschlechterung wurde Einspruch erhoben.

Zu dem Punkt „Landwirtschaftliches Wochenblatt“ entspann sich eine lange erregte Aussprache. Interessant war in diesem Zusammenhang auch die Mitteilung eines Redner, daß zwischen dem Landwirtschaftlichen Hauptverband und dem Schwäbischen Bauernverein Verhandlungen wegen Zusammenschluß zur „Landwirtschaft“ stattfänden. Dadurch würden die beiden Presseorgane zusammengefaßt werden und auf einem Grundkapital von 10 Millionen Mark ruhen können.

Am Schluß erhob die Kammer schärfsten Einspruch gegen eine zentrale Zwangsumlage für die Milchmilchanlieferung, da eine solche Milchproduktion verheerend wirkte.

Präsident Adorno dankte zum Schluß den Mitgliedern für ihr langes Aussharren und die Erledigung der umfangreichen Tagesordnung und schloß die Sitzung um 4 Uhr nachmittags.

Der 122er Weinherbst in Württemberg.

Ueber das Ergebnis des diesjährigen Weinherbstes in Württemberg schreibt die Zeitschrift des württ. Weinbauvereins: Die Erntemenge schlug meist erheblich vor. Fälle, wo man 10 bis 12 Eimer (zu je 3 Hl.) vom Morgen erntete, sollen nicht selten gewesen sein. Viele Besitzer konnten sich eines Vollherbstes rühmen; im allgemeinen wird das Ergebnis auf einen Dreiviertelherbst zu veranschlagen sein. Die Qualität des Erzeugnisses darf kaum als „mittel“ bezeichnet werden, denn die meisten Mostgewichte lagen zwischen 50 und 60 Grad Oechsle. Was an die 70 Grad heranreichte, gehörte schon zu den Seltenheiten und entsprach älteren Weinbergen guter Lagen und Spätlefen größerer Güter. Der Säuregehalt war verhältnismäßig niedrig; er betrug meist 10-14 pro Mille. Die Zuderungsbedürftigkeit des Jahrgangs war somit gegeben, doch brauchte man angehts des mäßigen Säuregehalts das gesehliche erlaubte Höchstmaß des Zucker- bzw. des Wasserzuges nicht gerade auszuschöpfen. Die Nachfrage und der Handel waren anfangs lebhaft. Die Unsicherheit in der Preisbildung, das Voranschlagen der Menge und das starke Angebot zogen vorübergehend ein Abflauen der Nachfrage nach sich; gegen das Ende der Weinlese hin zogen die Preise unter dem Einfluß der Weinversteigerungen wieder an und blieben bis zum Schluß fest. Die Masse der Weine wurde zu Preisen zwischen 10 und 20 000 M. pro 3 Hl. gehandelt; gute Weinorte, Herrschaftsgüter und Weinberggenossenschaften erzielten Preise bis zu 30 000 M. und darüber. Der Landesdurchschnittspreis dürfte etwa bei 15 000 M. liegen. — Auf den Markungen Willstach, O. A. Weinsberg, wurden 5 und auf der Markung Beutelsbach, O. A. Schorndorf, 2 Reblausherde von mäßigem Umfang festgestellt. Die Seuchengebiete der Markungen Grohshpach und Kleindpach, O. A. Waldbingen, Klein, O. A. Heilbronn und Ingelfingen, O. A. Künzelsau, haben im Laufe des Jahres eine teilweise nicht unbeträchtliche Ausdehnung erfahren. Es sind in Württemberg im Jahre 1922 insgesamt 50 Reblausherde festgestellt worden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Völkische Gruppe im Reichstag. Die drei Reichstagsabgeordneten von Graefe, Henning und Wulle, denen Fraktionszugehörigkeit von der deutschnationalen Reichstagsfraktion aufgehoben worden ist, haben sich beim Reichstagsbüro nunmehr als völkische Gruppe der Deutschnationalen angemeldet.

Einladung Belgiens nach Lausanne. Die französische englische und italienische Regierung teilen mit, daß entsprechend der Forderung von Theunis Belgien eingeladen sei, an der Lausanner Konferenz teilzunehmen. Die belgischen Bevollmächtigten würden auf ihre Forderung jedesmal gehört werden, wo die belgischen Wirtschafts- und Finanzinteressen berührt würden.

Gewaltaktionen in Düsseldorf. Montag vormittag wurde versucht, in Düsseldorf den Generalstreik durchzuführen. Zu diesem Zweck haben die Kommunisten 7 Hundertschaften aufgebildet. Es besteht der Eindruck, daß es sich um eine Probemobilisierung für einen allgemeinen Aufstand handelt. Es erfolgten verschiedene Demonstrationen, wobei es zu Ausschreitungen und Plünderungen kam.

Erdbünde im Landkreis Hamburg. Wie ein Hamburger Blatt meldet, wurden außer den entdeckten Erdbündeln in der Lüneburger Heide jetzt auch im Landkreis Hamburg in 350 bis 400 Meter Tiefe Erdbündeln angetroffen. Die Bohrungen stellten Erdbündel in erheblicher Menge fest. Die Quellen befinden sich in Sattorf in der Nähe des Salzhorstes, was zu der Erwartung auf eine erfolgreiche Fortsetzung der Untersuchungen berechtigt.

Steiners Niederlage in der Schweiz. Das bekannte Haupt der Anthroposophen, Dr. Rudolf Steiner, erhielt im Juli von der Schweizer Regierung die Mitteilung, daß er sein Einbürgerungsgesuch noch zurückziehen könne. Daraufhin reichte er eine Liste mit Unterschriften zur Unterstützung seines Gesuches ein. Trotz aller eindringlichen Bemühungen seiner Anhänger — sogar von Paris aus —, hat der Schweizer Bundesrat nun sein Gesuch abgewiesen. Die Schweiz soll von dem angeblichen „Bringer einer neuen Kultur“ nichts wissen.

Auf einer Speisekarte aus einem bürgerlichen Wiener Bierhaus, die ein Leser des „Deutsh. Tagbl.“ von dort mitbrachte, stehen u. a. folgende Preise: 1 Aufschnitt 18 000 Kronen, 1 Apfel 900 Kronen, 1 Birne 1800, 1/2 Boullarde 40 000, 1 Roastbeef 18 000, 1 Schweineschlegel 18 000, 1 Rumpsteak 25 000, 1 Beestee 25 000, 1 Wiener Schnitzel 22 000, 1 Salzgurke 3500, 1 Portion Kartoffeln 2000, 1 Stück Torte 6500, Ementaler 6500 usw. usw. Mahlzeit!

Japanische Stiftung für die deutsche Wissenschaft. Der japanische Großindustrielle, Hajimi Hoshi, der bereits früher zu Gunsten der deutschen chemischen Wissenschaft eine Stiftung von 100 000 Yen gemacht hatte, hat neuerdings zu Gunsten der chemischen wissenschaftlichen Institute auf drei Jahre monatlich 2000 Yen, das ist nach dem gegenwärtigen Kursstand etwa 3 Millionen M., im ganzen also, auf drei Jahre verteilt, etwa 300 Millionen M. gestiftet. Ferner hat er für die allgemeinen deutschen Zwecke der Wissenschaft einen weiteren Beitrag von 40 Millionen zur Verfügung gestellt.

Hauptversammlung des Radfahrer-Landesverbandes Württemberg.

Der R.V.B.W. hielt am Sonntag in Stuttgart seine Hauptversammlung, die außerordentlich zahlreich besetzt war. Der 1. Vorsitzende, Fabrikant Sauer, begrüßte die Vertreter und führte aus, daß der vor zwei Jahren ins Leben gerufene R.V.B.W. heute eine Mitgliederzahl von nahezu 3000 erreicht habe, die sich in 150 Vereine in Württemberg verteilen. Restlos dringt in Württemberg die vorbildliche Organisation und der glänzende Aufbau des Verbandes mit fast täglichen Erfolgen durch. An den Vereinen selbst liegt es auch jetzt, in der sogenannten ruhigen Zeit, auf dem Boden zu sein, um im Frühjahr die Radler zu neuen Taten aufzurufen und gerüstet darzustellen. — Landesstrafenfahrwart Fiedler-Ullm berichtete über die sportliche Tätigkeit im Straßenfahren nur Gutes. In erster Reihe stehen die Sternfahrten, die durchweg außerordentlich stark besetzt waren. Einen noch größeren Zuspruch fanden die Straßenrennen, welche mit großer Sportbegeisterung sowohl von den Fahrern wie von den Zuschauern durchgeführt bzw. aufgenommen wurden. Ganz besonders wird der Verband die Veranstaltungen des südd. Kartells unterstützen und kein Mittel scheuen, die Wettbewerbe zu einem Glanzpunkt zu gestalten. — Saalfahrwart Schmid-Oberhillingen ließ in seinem ausführlichen Bericht durchblicken, daß in dieser Sportart ganz hervorragendes geleistet wurde. — Auch der Wanderfahrwart Schögle-Oberhillingen konnte über die Pflege der Wanderfahrt Gutes berichten, wenn auch der Wert des Wanderfahrens von den Vereinen noch nicht in dem Sinne erkannt worden sei, wie es sich gebühre. — Jugendfahrwart Meißner-Eßlingen gab den Zweck der Jugendpflege der Versammlung kund. Zwei Jugendfahrten hätten ihren Zweck voll erfüllt und auch ferner soll der Jugendpflege die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. — Trotz der Fernerung konnte der Voranschlag des letzten Jahres zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden. Ohne Beitrags-erhöhung konnte durchgeführt werden und der Kassendbericht von Böttinger-Eßlingen ließ auch noch eine gute Grundlage in den Finanzen erblicken. — Pressewart Frommel führte der Versammlung die Rot der Presse vor Augen und betonte, daß es infolge Blahmangel nicht immer möglich gewesen sei, die Presse wie in guten Zeiten in Anspruch zu nehmen. Deshalb sei die Berichterstattung auf das allernotwendigste einzuschränken gewesen. Mit voller Befriedigung und Anerkennung wurde die Bereitwilligkeit und das Entgegenkommen der Tagespresse anerkannt. — Einen umfassenden Geschäftsbericht gab der Landesverbandsvorsitzende Sauer. Seine Ausführungen wurden mit höchstem Interesse entgegengenommen. — Rnecht-Röhlingen sprach dann dem geschäftsführenden Ausschuß namens der Versammlung die besten Wünsche aus.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Dienstag in Frankfurt 7094,70 G., 7130,80 Fr., in Berlin 7032,37 G. und 7067,63 Fr.

- 1 Schweizer Franken = 1284,25 G., 1290,75 Fr.
- 1 französischer Franken = 458,85 G., 461,15 Fr.
- 1 belgischer Franken = 438,90 G., 441,10 Fr.
- 1 holländ. Gulden = 2780,50 G., 2794,50 Fr.
- 1 italienischer Lira = 334,15 G., 335,85 Fr.
- 100 österreichische Kronen = 9,73 G., 9,77 Fr.
- 1 tschechische Krone = 226,40 G., 227,60 Fr.
- 1 dänische Krone = 1416,45 G., 1423,55 Fr.
- 1 schwedische Krone = 1895,20 G., 1904,75 Fr.

47,6 Milliarden neues Papier. Die Inanspruchnahme der Reichsbank setzte sich nach dem Ausweis vom 7. d. M. in der ersten Novemberwoche in außerordentlichem Umfange fort. Die gesamte Kapitalanlage liegt um 62,5 auf 641,9 Milliarden Mk. Die bankmäßige Deckung allein erhöhte sich um 59 auf 337,4 Milliarden Mk. Der Neubedarf an Banknoten den die Bank in der Berichtswache zu befriedigen hatte, erreichte 47,6 Milliarden Mk., der gesamte Banknotenverkauf ist damit auf 517 Milliarden Mk. angewachsen.

Hess, 13. Nov. Dem Martinmarkt waren 6 Rinde und 16 Rinder und Jungriinder zugeführt. Ein Drittel der aufgetriebenen Tiere wurde zu Preisen von 35 000 Mk.

amtliche Bekanntmachungen.

Betrifft: Zuckerversorgung.

Auf Grund des § 12 Abs. 3 der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 3. Oktober 1922 über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1922/23 (R. G. Bl. Teil 1. Seite 762) und § 8 Abs. 2 der Verfügung des württ. Ernährungsministeriums vom 26. Oktober 1922 (Staatsanzeiger Nr. 252) wird folgendes verfügt:

1. Zur Regelung der Verteilung des uns überwiegenen Zuckers werden durch den Kommunalverband an die (Stadt-)Schultheißenämter Zuckerkarten ausgeben, welche aus 4 Bestellabschnitten mit 16 Zuckermarken bestehen.
2. Der Einlösungswert der Zuckermarken wird vom Kommunalverband noch bestimmt.
3. Zuckerkartenschnitte und Marken dürfen nicht gegen Entgelt erworben oder an Dritte abgegeben werden.
4. Die (Stadt-)Schultheißenämter geben an die in ihrer Gemeinde ansässigen Haushaltungsvorstände für ihre Angehörigen, Angestellten, Diensthöten u. dergl. die mit dem Haushaltungsvorstand zusammen wohnen und von ihm vollständig versorgt werden, Zuckerkarten ab.
5. Von jeder Gemeinde sind über die Zu- und Abhängigkeitsverhältnisse genaue Listen zu führen. Änderungen in der Zahl der Versorgungsberechtigten sind spätestens beim Aufwurf der nächsten Zuckermarken dem (Stadt-)Schultheißenamt anzuzeigen.
6. Jeder Verkäufer von Zucker ist verpflichtet, die Bestellabschnitte der Zuckermarken unseres Bezirks entgegen zu nehmen und gegen die entsprechenden Zuckermarken bei Verzählung die darauf entfallende Menge Zucker abzugeben. Es ist verboten, die Abgabe von Inlandszucker vom Kauf anderer Ware abhängig zu machen.
7. Die Kleinhändler haben bei Abgabe des Bestellabschnittes den Bezugsberechtigten auf den bei ihnen zur Einlösung kommenden Zuckermarken den Empfang des Bestellabschnittes durch Stempelaufdruck oder sonstwie zu bescheinigen.
8. Die Kleinhändler haben die bei ihnen abgegebenen Zuckerkartenschnitte und nach Abgabe des Zuckers auch die Zuckermarken raschmöglichst an den Kommunalverband einzuliefern. Den abgelieferten Bestellabschnitten ist ein Schreiben beizulegen, aus welchem die Zahl der Bestellabschnitte ersichtlich und der Name des Groß- und Kleinhändlers angegeben ist.
9. Jedem Kleinhändler wird über die an den Kommunalverband abgelieferten Bestellabschnitte eine Bescheinigung ausgestellt.
10. Die Zuckerkarten gehen heute den (Stadt-)Schultheißenämtern zu und wollen dieselben für alsbaldige Ausgabe besorgt sein und ortsüblich bekanntgeben, daß die Bestellabschnitte bis spätestens 20. November d. J. den Kleinhändlern abzugeben sind. Letztere haben die Zuckermarken Nr. 1 u. 2 des Bestellabschnittes bis spätestens 23. Nov. an den Kommunalverband einzuliefern.
11. Die Zuckermarken sind dem Kleinhändler unabgetrennt vom Stammschnitt vorzulegen, die Abtrennung erfolgt durch den Kleinhändler.
12. Für den Bezirk Nagold sind als Großhändler zugelassen: Firma Berg u. Schmid, Nagold, Firma F. H. Wähler jr. Altensteig und Firma Christian Burghard jr. Altensteig.
13. Die Belieferung der Gastwirte, Kaffee-, Apotheken mit Zucker veranlaßt die Landesversorgungsstelle. Konditoreien und Bäckereien werden von der Zuckerwirtschaftsstelle Berlin versorgt.

Zwischenhandlungen dieser Verfügung, sowie gegen die von der Landesversorgungsstelle etwa weiter getroffenen Verfügungen werden, soweit nicht andere Strafbedingungen Platz greifen mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Oberamt: Müng.

Beiz. Getreidepreise.

Lauf Rundschreiben der württ. Landesversorgungsstelle Stuttgart, Abteilung Getreide, vom 11. November ds. J. werden durch die fortgesetzte Steigerung der Preise für Holz, Kohlen, Löhne usw. die Preise für Markenbrot ab 15. Nov. 1922 für 1000 Gramm Markenbrot auf 50 Mk. und für 500 Gramm Markenbrot auf 25 Mk. erhöht.

Oberamt: Müng.

bis 240 000 Mk. verkauft. Auf dem Schweinemarkt war der Handel sehr lebhaft bei gutem Besuch. Ein Milchschwein kostete 7000—13500 Mk., ein Sauferlschwein 38000 Mark.

Wuppinger, 14. Nov. Dem Schafmarkt waren 5617 Stück zugeführt, wovon 3591 Stück verkauft wurden. Bezahlt wurden für Braachschafe 18—40 000, Mutterchafe 16—38 000, Lämmer 26 000, Hammellämmer 20—40 000, Hammelfährlinge 23—26 000, Zuchtschafe 32 000, Wollschafe 28 500 Mk.

Nalen, 14. Nov. Dem Pferdemarkt waren etwa 100 Pferde zugeführt. Der Handel war flau. Für ein 4jähriges Rassepferd wurden 300 000 Mk. bezahlt, für ältere Arbeitspferde 150—180 000, für Schlagspferde 38—42 000 Mk.

Stuttgart, 13. Nov. Auf dem Wilhelmplatz betrug die Zufuhr zum Rostobstmarkt 300 Ztr. Preis pro Ztr. 450—500 Mk. — Dem Fildertrautmarkt auf dem Charlottenplatz waren 2000 Stück zugeführt. 1 Ztr. kostete 650—700 Mk.

Stuttgart, 14. Nov. Dem heutigen Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 191 Ochsen, 31 Bullen, 336 Jungbullen, 348 Jungrinder, 536 Kühe, 510 Kälber, 288 Schweine. Unverkauf: 11 Ochsen, 36 Kühe. Erlös aus 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 19 300—20 400, zweite 14 800—18 000, Bullen erste 16—17 500, zweite 13 800—15 600, Jungrinder erste

Betrifft: Beschwerdeverfahren in Wohnungssachen.

Im Staatsanzeiger vom 7. ds. Mts. — Nr. 261 — ist eine Verfügung des Ministeriums des Innern vom 3. ds. Mts. über ein neues Beschwerdeverfahren in Wohnungssachen enthalten.

Nach den neuen Bestimmungen steht gegen die Verfügungen der Gemeindebehörden, die unter Rechtsmittelbeschwerde schriftlich anzuführen oder zu Protokoll zu eröffnen sind, den Betroffenen einmalige Beschwerde an die beim Oberamt zu errichtende Beschwerdestelle zu. Die Beschwerde ist schriftlich binnen einer Woche nach Zustellung der anzufechtenden Verfügung bei der Gemeindebehörde oder bei dem Oberamt einzureichen. Die Gemeindebehörde kann in dringenden Fällen die Frist für die Beschwerde bis auf 3 Tage herabsetzen.

Die oberamtliche Beschwerdestelle besteht aus dem Oberamtman oder seinem Stellvertreter als Vorsitzenden und je einem Hausbesitzer und einem Mieter als Beisitzer. Die Beisitzer werden aus den Kreisen der Hausbesitzer einerseits und der Mieter andererseits nach Anhörung der etwa vorhandenen Verbände dieser Personenzreise von dem Bezirktrat auf die Dauer eines Jahres gewählt. Als Sachverständiger ist regelmäßig der oberamtliche Techniker beizuziehen, der an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnimmt.

Im Fall der Abweisung hat der Beschwerdeführer eine Sporel zu entrichten und außerdem die haren Auslagen des Verfahrens zu ersetzen.

Gegen die Entscheidung der oberamtlichen Beschwerdestelle findet künftighin weder eine weitere Verwaltungsbeschwerde noch die Rechtsbeschwerde im Sinne des Art. 13 des Verwaltungsvorgangsgesetzes vom 16. Dezember 1876 — (Reg.-Bl. S. 486) statt. — Die Entscheidung der Beschwerdestelle ist also endgültig.

Die Verfügung tritt am 1. Dezember 1922 in Kraft. Die Gemeindebehörden werden beauftragt, diese Bekanntmachung durch öffentlichen Anschlag am Rathaus oder einem sonstigen geeigneten Ort zur Kenntnis der Gemeindebewohner zu bringen.

Nagold, den 13. November 1922. Oberamt: Müng.

Lübinger Studentenhilfe.

Der eingetragene Verein 'Lübinger Studentenhilfe' hat vom Ministerium des Innern die Erlaubnis zu öffentlicher Sammlung und Werbung von Mitgliedern erhalten.

Angehts der großen Not unter der Studentenschaft bitte ich dieses Unternehmen tatkräftig zu unterstützen und ersuche zugleich alle ehemaligen Studierenden in ihren Bekanntenkreisen die Bestrebungen der Lübinger Studentenhilfe mit Wort und Tat zu fördern.

Nagold, den 14. Nov. 1922. Oberamt: Müng.

Oelsamen-Lohnschlägerei.

Neben Reps und Mohn nehme ich auch täglich zum Schlagen im Lohn an:

- Bucheln
- Hanf
- Senf
- Hederich
- Dotterreps
- Lein

Saaten. Bei reichster Ausbeute und mäßiger Berechnung erhalten Sie bei mir ein erstklassiges bis auf den letzten Tropfen klares Oel sowie gemahlene Kuchen zurück.

Bucheln werden bei mir vor der Verarbeitung entkernt, wodurch eine weit bessere Oelqualität wie auch größere Ausbeute gewährleistet wird.

ALFRED RECLAM, NAGOLD

Fernspr. 101.

19 200—20 400, zweite 16 000—18 500, Kühe erste 14 400—15 500, zweite 10 000—13 500, dritte 7 500 bis 9 500, Kälber erste 27 600—28 400, zweite 26 000 bis 27 400, dritte 22 500—25 000, Schweine erste 44 800 bis 47 400, zweite 39—43 000, dritte 34—37 000 Mk. Verkauf des Marktes: Rähia belebt.

Mm, 11. Nov. Dem Schweinemarkt waren 108 Milch- und 8 Käuferchweine zugeführt. Milchschweine 10—20 000 Mk., Käufer 20—26 0000 Mk. je das Stück.

Mannheim, 13. Nov. Dem Schlachtviehmarkt waren zugeführt: 230 Ochsen, 320 Bullen, 1173 Kühe und Rinder, 322 Kälber, 119 Schafe und 809 Schweine. Preis pro 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 13—21 000, Bullen 13—17 000, Kühe und Rinder 11—21 000, Kälber 23—27 000, Schafe 11—13 000, Schweine 40— bis 49 000 Mk. Stimmung: Großviehhandel ruhig, Ueberstand; Kälber- und Schafhandel lebhaft, geräumt; Schweinehandel ruhig.

Wintwächtliches Wetter.

Der über Deutschland und dem westlichen Europa togernde Hochdruck wird sich vorerst noch halten und damit für Donnerstag und Freitag auch das trübe, trockene, nach Frostige Wetter.

Druck und Besitz der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.

Evangelischer Volksbund Altensteig.

Volkstümliche Vorträge

im Gemeindehaus, 8 Uhr abend.

3. Donnerstag, 16. Nov. Wie unterstützt das christliche Haus die Erziehungsarbeit von Schule und Kirche? Pastor Schimid - Simmersfeld.

Jedermann ist hier freundlich eingeladen.

Schwarzwald-Drogerie Altensteig

empfehlen für die Schweinezucht

Universal-Futterkalk, Sulerol, Fischtran, Knochenstärker.

Bergorte.

Als Braustranger verkaufe ich am **Samstag, den 18. November 1922, nachm. 2 Uhr** im öffentlichen Aufsteich im Gasthaus z. Sonne in **Nichelberg**

ca. 200 Rm

Brügel- und Anbruchholz

in verschiedenen Sorten.

Nichelberg, den 13. November 1922.

Schultheiß Weinland.

Buchen-
Eichen-
Tannen-
Forschen-
Stockholz
Bündel- u.
Schwarten-
Brennholz

sowie
Stangen
aller Klassen
kauft laufend gegen
sofortige Rasse

Wilhelm Lanher
Eibensbach i. Württbg.
Telefon 2.

Nagold u. Edhausen.
Der gute, chem. reine
**Drogen und
Chemikalien**

zu billigen Preisen kaufen
will, gehe in die

Löwendrogerie Gebr. Benz
Hauptgesch.: Filialdrogerie
Nagold. Edhausen.
Mitgl. d. Deutsch. Drog. Ver-
bandes v. 1873.

Gestorbene.

Emmingen: Johann Georg
Martini, Zimmermann,
73 J.

Altensteig.
Suche im Auftrag einige
Waggon

Brennholz

gegen Weizenstroh ein-
zutauschen.

Silber, Wähle.

Nichelberg.

Eine starke, hochtrachtige

**Fahr-
kub**

verkauft
Georg Hefelschwerth.

Altensteig.

Einige Meter

Schindelholz

hat zu verkaufen

S. Wurker.

**Gebet- und
Predigtbücher**

sind zu haben in der

W. Rieker'schen
Buchhandlung.

